

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

153 (4.7.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MTTTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gehaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Beleganzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Restanzeige-Millimeterzeile 60 Pfennig. Die Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichtabholung des Zeitungsheftes, bei geschäftlicher Befreiung und bei Ausfall außer Kraft tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in den Anzeigen-Blättern 8 Pfennig. Sonntags- und Feiertagshefte 12 Pfennig.

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandererhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,42 Mark, vierteljährlich 3,60 Mark, halbjährlich 6,80 Mark, jährlich 12,80 Mark. Durch die Post 2,36 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Die Postgebühr für den Auslandsendung beträgt 20 Prozent. Die Postgebühr für den Auslandsendung beträgt 20 Prozent. Die Postgebühr für den Auslandsendung beträgt 20 Prozent.

Nummer 153

Karlsruhe, Montag, den 4. Juli 1932

52. Jahrgang

Der Vorwärts auf 5 Tage verboten

WTB. Berlin, 3. Juli. Der Polizeipräsident hat das Erscheinen des Vorwärts auf Grund der Polizeiverordnung vom 4. bis 8. Juli verboten.

Das Verbot erfolgt bekanntlich infolge eines Urteils des Reichsgerichts, das der Polizeipräsident, gleichgültig, wie er innerlich zu ihm steht, auszuführen verpflichtet ist.

Die nächste Nummer des „Vorwärts“ erscheint Sonnabend, 8. Juli, morgens.

Am Sonnabend-Mittag um 1 Uhr wurde am Vorwärtshaus die Fahne der Eisernen Front feierlich entrollt. Die Belegschaft des Parteihauses und die Passanten der Lindenstraße begrüßten das Kampfbanner mit brausenden Freiheitsrufen. Der Gelang der Internationale schloß die kurze, aber eindrucksvolle Fahnenweihe ab.

Banberolde, der frühere belgische Außenminister, erklärte zu dem Verbot des „Vorwärts“, diese Maßnahme sei eine überaus ernste Sache. Sie führe Deutschland zurück zum Bismarckischen Zeitalter ernster Kämpfe gegen die Sozialdemokratie. Das Verbot werde aber gerade das Gegenteil von dem erreichen, was die Regierung mit ihm beabsichtigt habe.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt: Wieder sind es Junker und Generale, die sich anmaßen, das deutsche Volk gegen seinen Willen zu regieren. Wieder sind sie es, die den deutschen Arbeitern durch ein Verbot des sozialdemokratischen Zentralorgans zum Bewußtsein bringen, was der Belagerungsstand, dem Deutschland zuteil wird, bedeutet. Aber nicht zu ihrem Vorteil beschwören sie solche Erinnerungen herauf. Das Zwischenspiel der Nazibarone, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, um mit Hilfe des Sanktionskreuzes hohensollernische Regierungsmethoden in Deutschland wieder einzuführen, werde nicht anders enden, als die alte Junkerherrschaft geendet habe. Das Zwischenspiel gehe vorüber. Die deutsche Arbeiterkraft und ihre Presse aber blieben bestehen.

Von Blum schreibt im „Populaire“: „Es gibt eine freie öffentliche Meinung in England und Frankreich. Besteht sie noch in Deutschland? Das Kabinett der Barone bemüht sich, die öffentliche Meinung unter dem Regime einer despotischen Willkür zu erstickern, für das das drohende Verbot des „Vorwärts“ einer der Vorboten ist. Aber weder das Deutschland der Barone noch irgend ein anderer Staat kann heute mit der öffentlichen Weltmeinung und mit dem Weltgewissen den Kampf aufnehmen. Das ist ein neues Zeichen unserer Zeit.“

Bayern und Reich

Auf der Tagung der katholischen Bauern- und Jungbauernschaft in Landsbut hielt Staatsrat Schäfer, der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, eine Ansprache, bei der er u. a. erklärte: „Wer in Deutschland regiert, muß sich daran gewöhnen, daß sich das deutsche Mittelgebirge Deutsche wohnen, deren Volksgeschichte anders ist als die Art des Menschen, der in der norddeutschen Tiefebene wohnt. Wir Bayern wollen niemandem in Deutschland unsere Art aufdrängen, aber alle wollen wir sagen, daß wir nach unserer Art leben müssen und daß wir ohne sie nicht leben können. Deutschland auf der Bahn eines Rechtsstaates zu erhalten und vom Reich die Gefahr einer Diktatur abzuwenden, das war und das bleibt der Sinn der Hindenburg-Wahl. Wir üben keinerlei Kritik an den Entschlüssen, die der Herr Reichspräsident inzwischen getroffen hat; wir können aber als freies Volk nicht verhehlen, daß eine Woge der Enttäuschung durch das ganze Land gegangen ist und ein Meer von Sorgen sich vor dem deutschen Volk aufgetan hat. Es geht um einen Kampf, in dem das Leben der Nation auf dem Spiele steht; es geht um die Idee der völkischen Freiheit, die von dem Wahn der Diktatur bedroht wird. Diktatur und Zentralismus sind eins. Jede Diktatur richtet sich aus innerer Notwendigkeit gegen jegliche Form föderalistischen Staatsaufbaues. Darum ist jeder, der von Diktatur spricht, ein Feind Bayerns.“

Demonstrationen in München

WTB. München, 3. Juli. Die Polizeidirektion teilt über den Verlauf der heutigen Aufmärsche der NSDAP und der Eisernen Front u. a. mit: Die Propagandanzüge der Nationalsozialisten und der Eisernen Front sind ohne wesentliche Störungen verlaufen. Nur an einer Stelle verhielten einige hundert Kommunisten durch Schreien und lauthen Umlauf den Zug der Nationalsozialisten zu stören. Um Tätlichkeiten zu verhüten, mußten dort Polizeikräfte eingesetzt werden, die unter Anwendung des Gummistocks die kommunistischen Ansammlungen zerstreuten. An einigen weiteren Stellen kam es zu geringfügigen Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern. Einige Ruhestörer wurden festgenommen.

Naziterror in Oesterreich

Ueberfall auf Arbeiterheim

WTB. Wien, 3. Juli. In der burgenländischen Hauptstadt Eisenstadt kam es heute während eines nationalsozialistischen Aufmärsches zu schweren Zusammenstößen mit Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten haben nach den bisher vorliegenden Meldungen das Eisenstadter Arbeiterheim gestürmt und sollen dort großen Schaden angerichtet haben. Da das Geneserleibesheim nicht ansteckte, rückte Bundesheer mit Maschinengewehren aus. Es wurden zahlreiche Verletzte gemeldet, darunter der Landeshaupmannstellvertreter Peyer und der Polizeizeugdirektor.



Eine Million Freiheitspfeile fliegen über Deutschland!

In diesen Tagen sind bereits eine Million Freiheitspfeile umgesetzt. Eine Million Männer und Frauen in allen Teilen des Reichs tragen das Zeichen der Eisernen Front.

In den Fabriken und Büros, auf dem Lande, an der Stempelstelle, überall wo denkende Menschen die Gefahr des Faschismus und der Reaktion erkannt haben und wo sie zur Verteidigung ihrer heiligen Menschenrechte und der Zukunft des arbeitenden Volkes aufgestanden sind, fliegen die Pfeile, das Symbol der Freiheit.

Eine Million steht Schulter an Schulter — die Eiserner Front!

Keiner für sich, jeder für alle und alle für einen.

Eine Million Kämpfer und Kämpferinnen bekunden mit stolzem Mut, daß sie dabei sind, wo Aktivität, Disziplin und Einigkeit den Weg aus Elend und Terror in eine neue Welt bahnen.

Eine Million kämpft auch für Dich!
Und Du? — Hast Du Dich bekannt?

Trägst Du schon das Zeichen?

Schafft Wahlpulver herbei!

Genossinnen, Genossen!

Die Sozialdemokratische Partei steht vor einem außerordentlich schweren Reichstagswahlkampf. Es geht um Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse, der Demokratie und der Republik. Er zwingt zur höchsten Aktivität der Partei, der Gewerkschaften und aller sozialistisch eingestellten Organisationen. Wir können den Kampf nur aus eigener Kraft führen, er kann nur zum Erfolg führen bei größter Opferbereitschaft jedes einzelnen. Trotz schwerer Reise und Not muß versucht werden, durch Aufbringung eigener Mittel den Kampf zu finanzieren.

Der Parteivorstand hat darum allen Parteimitgliedern und Genossenschaftsfreunden

ein Parteioffer

aufgelegt. Für die Monate Juni bis mit September hat jeder Berufstätige sechs Parteioffermarken zu je 50 Pf., Frauen und Erwerbslose zu je 15 Pf. zu entnehmen. Die Marken sind möglichst im voraus zu entnehmen, damit sofort der Partei flüssige Mittel für den Wahlkampf zur Verfügung stehen. Die Marken sind sofort umzusetzen. Die erste Rate ist am 1. Juli abzurechnen.

Die Zahlung der laufenden Mitgliederbeiträge wird hierdurch nicht berührt.

An alle sozial noch günstige dastehenden Parteigenossen und Genossenschaftsfreunde richten wir die dringende Mahnung, über das Parteioffer hinaus einen erheblichen Beitrag für diesen entscheidenden Kampf zu leisten.

Die Kapitalisten haben sich in den Hitlerjahren eine Söldnertruppe zur Niederdrückung der Arbeiterklasse und des „Wohlfahrtsstaates“ geschaffen und Millionen dafür geopfert. Das Ziel der Kapitalisten und der Hitlerjahren Söldnertruppe muß die Arbeiterklasse aus eigener Kraft in Schanden machen. Männer und Frauen der Arbeiterklasse! Der Sieg des Faschismus bedroht eure Existenz! Darum setzt euch mit aller Kraft zur Wehr. Der Sieg muß unser sein!

Noch keine Einigung in Lausanne

Die Forderungen der Gegenseite

WTB. Lausanne, 3. Juli. Zu dem Verlauf der heutigen Arbeiten verlautet noch, daß der Vorschlag der Gegenseite heute gemittelt worden ist. Dieser Vorschlag deckt sich weitgehend mit dem bereits gemeldeten aus verschiedenen Quellen stammenden Angaben. Er fordert vier Milliarden Goldmark, zahlbar in Bonds, die der VZB. als Treuhänder übergeben würden und von dieser nach Ablauf von drei Jahren auf den Markt gebracht werden könnten, wenn es das nach der Kreditlage Deutschlands für möglich gehalten und ein Ausgabeaufschlag von mindestens 90 Prozent für diese Prozentsigen mit mindestens 1 Prozent jährlich zu tilgenden Obligationen erreicht würde. Der Zinslauf würde selbstverständlich jeweils erst von dem Tage der Emission einer Tranche beginnen, also nicht etwa mit Uebergabe an die VZB. Der Erlös würde jeweils einem Spezialfonds zur Verfügung gestellt, dem Fonds Commun, der im wesentlichen für den Wiederaufbau bestimmt ist.

Unter dieses Abkommen sollen nicht fallen die Verzinsung und Tilgung der Young- und Dawesanleihen, die belgischen Marktpflichtungen und die Verpflichtungen gegenüber Amerika aus den sogenannten mixed Claims (41 Millionen) und den amerikanischen Belastungskosten (25 Millionen). Wohl aber der gesamte Rückstand aus dem Hooverjahr, also nicht nur die gestundeten in 10 Jahresraten nachzahlbaren bestimmten Beträge, sondern auch die ungeklärten Annullitäten, die in Form von Vorschüssen aus einer neu entstandenen Schuld der Reichsbahn gestundet waren.

Ablehnende Haltung der deutschen Delegation

WTB. Lausanne, 3. Juli. In einer 14stündigen Besprechung, die der Reichskanzler und der Reichsaussenminister heute früh mit Macdonald hatten, wurden die deutschen Einwendungen gegen den Vorschlag der fünf Gläubigermächte ausgiebig besprochen. Diese Vorschläge waren im wesentlichen im Verlaufe des späten Abends gestern bei der deutschen Delegation bekannt geworden und sind heute früh von Macdonald formell vorgelegt worden.

Die Ablehnung der deutschen Delegation fällt sich vornehmlich auf 3 Punkte: 1. Die Höhe der genannten Summe, 2. die Frage der Sicherungen, die zugunsten Deutschlands in das gebachte System eingebaut sein sollen, um die Begebung von Teilen der geforderten Bonds von einem entsprechenden Stand der Wirtschaft und Finanzlage abhängig zu machen und 3. die Sicherungsklausel in Bezug auf die amerikanischen Gläubigeranprüche an die ehemaligen Alliierten.

In der Nachmittagsunterredung von Papens, von Neurath und von Schwerin-Krosigk mit Macdonald wurde von deutscher Seite auch ein präziser Ziffernensantritt gemacht, dessen Höhe noch nicht genannt werden kann, weil die Verhandlungen noch schweben. Auch der deutsche Gegenvorschlag steht daneben die Dawes- und Young-Anleihebesitzen, die belgischen Marktpflichtungen und die mixed-Claims besonders in Rechnung. Endlich haben die Deutschen die Forderung vorgetragen, daß nicht nur die Reparationsstelle des Abschnitts VIII des Versailler Vertrages für gefristet erklärt werden, sondern auch § 1 des Abschnittes, der die Kriegsschuldfrage behandelt.

Oesterreichs Anleihe genehmigt

Lausanne, 3. Juli. In der österreichischen Anleihefrage ist man nun zu einem Abschluß gekommen. Die Anleihebetrag beträgt 300 Mill. Schilling. Davon fallen auf England 100 Mill., Frankreich 100 Mill., Italien 30 Mill., in den Rest teilen sich die Schweiz, Holland, Belgien und Deutschland, sowie Spanien.

Beisetzung Briands in Cocherel

Paris, 3. Juli. Bei strahlendem Sommerwetter wurde heute Aristide Briand in Cocherel auf dem kleinen Dorfriedhof zur letzten Ruhe gebracht. Tausende von Freunden des verstorbenen Staatsmannes hatten sich versammelt, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Die gesamte Regierung, Vertreter von Senat und Kammer, das diplomatische Korps, darunter der deutsche Botschafter v. Voelck, und viele Frontkämpfervereinigungen waren vertreten. Die Feier war schlicht und eindrucksvoll.

Ministerpräsident Herriot feierte in seinem Nachruf vor allem den Menschen Briand, dessen staatsmännliches Werk erst die Geschichte richtig würdigen werde. Briand sei der geistige Führer aller Friedensbestrebungen gewesen. Mit dem Briand-Kellogg-Pakt habe Briands Werk unversehrt Charakter erhalten. „Ich für mein Teil“, erklärte Herriot, „habe niemals mehr die Bedeutung der Ratifikations Briands und seines Beispiels verpörrt als gegenwärtig bei den Verhandlungen, die, wie ich glaube, zur Befriedung Europas und der Welt beitragen werden.“

Franklin D. Roosevelt wurde vom demokratischen Parteikonvent zum Kandidaten für den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf nominiert. Hoover ist der republikanische Gegenkandidat.

Zuchthausstrafen für Spione

WTB. Leipzig, 2. Juli. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Verwaltungsbeamten Schimmer aus Tübingen wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu sieben Jahren und den Schuhmacher Kuhn aus Rehl wegen Beihilfe zu einem Jahr acht Monaten Zuchthaus.

Der Mord geht weiter...

Wierzehn Jahre sind verflossen, seitdem der bestialische Blutrausch sich ausgetobt hat, der „Große Krieg“ zu Ende gegangen ist, in den eine weltkapitalistische Machigruppe unter Vorpiegelung „nationaler“ Gründe die nur allzu leicht reagierende Masse der Völker hineingepreßt hatte. Vier Jahre währte dieses internationale Verbrechen im Namen der aufgeputzten Vaterländer und ihrer jeweils heldentümlischen Opferung — für das Kapital und was in seinem Golde steht; die Kaste der ehrgeizigen Militaristen, der ländergerierigen Spekulanten, der staatlichen Machthaber! Und heute, nach achtzehn Jahren, will man noch immer nicht erkannt haben, wo die — Kriegsschuld zu suchen sei? Genug, wir Anderswissenden sollten uns nicht länger durch diese Fragestellung entwürdigen: Verstorben und Unbelehrbaren ist nicht zu antworten. —

Die Millionen und aber Millionen Kreuze auf den Gräbern der Millionen, die Millionen und aber Millionen der Verstümmelten, Verbrochenen und Kranken — Wänten sie alle in Reih und Glied aufmarschieren — welch eine grauenvolle Speerschar der Toten und der Lebendigverreckten! Welch eine „feiernde Apotheose“ an das Verbrechen Krieg wäre das statt der spekulativen Heldenglorie, der Ehrenmähler, statt Fahnenprunk, Paraden und heidisch aufgedonnerten Reden! Ein einziger Aufschrei müßte losbrechen gegen diese Schuld aller. Ein offenes Bekenntnis. Und ein einmütiger Tatwille zu neuer Menschlichkeit über dem Chaos unmenschlichen Irrs und Hassens.

Noch immer greift die Mordhand herüber in unsere Zeit, packt zu, tötet — Wehrlose, Unschuldige... Wir kennen die Mordliste der Millionen Gefallenen in jener Welt-Menschenfeschlacht. Wir kennen auch die Mordliste der nachmaligen Opfer einer Bürgerkriegsbege durch politische Rachequasiel und Staatsverräter, die sich „nationale Opposition“ nennen. Wir kennen die schwarze Liste der Gemeindevörder. Wir kennen die Riste der ermordeten Staatsmänner, die mit Erzberger und Rathenau begonnen hat und — wann, wo, bei wem enden wird? Vielleicht bei der angekündigten Massenerschießung all derer, die dann noch auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehen werden!

Graue Symbolik: Fallen im „Frieden“ und in der Republik nicht immer, nicht täglich neue, verspätete Opfer jenes Krieges und also — des Kapitalismus einer normalisierten fäuligen Zeit? Oder wäre es um das Sterben dieser etwa anders als um das Sterben, von denen man sagt, sie seien den „Selbsttod“ gestorben?

Lebte die Mordliste!

Noch immer greift eine Mordhand herüber in unsere Zeit und weit in die Zukunft, packt zu, tötet Wehrlose, Unschuldige... Inzwischen beten die Verkorkten und Unbelehrbaren die Formel nach: „Heilig ist der Krieg! Und süß und ehrenvoll ist der Selbsttod! Er lebe!“

Armes Deutschland — und armes Europa!!!

Freistaat Baden

Sollen Schloßruinen der Parteipolitik dienen?

Die nationalsozialistisch eingestellte „Deutsche Studentenschaft“ von Heidelberg veröffentlicht folgende Mitteilung: „Die für Freitag, 1. Juli, angekündigte Anti-Verfallens-Kundgebung der Deutschen Studentenschaft Heidelberg im Schloßhof, bei welcher ein Dozent der Universität Heidelberg die Ansprache halten sollte, wurde vom Badischen Ministerium nicht genehmigt. Die Deutsche Studentenschaft Heidelberg und mit ihr die nationale Bürgererschaft protestieren gegen diese in unseren Augen ungeheuerliche Maßnahme.“

Demgegenüber wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: „Mit der Kundgebung der Deutschen Studentenschaft hat sich das Unterrichtsministerium überhaupt nicht befaßt, ebenso hat das Innenministerium nicht zu der Frage Stellung zu nehmen brauchen, da öffentliche Kundgebungen jetzt gestattet sind. Dagegen hat das Finanzministerium nur in seiner Eigenschaft als Hausherr des Heidelberger Schlosses es abgelehnt, die Kundgebung im Schloßhof zu genehmigen. Es ging dabei um der grundsätzlichen, auch in anderen Fällen und anderen Parteien gegenüber eingehaltene Anschauung aus, daß die badi-schen Schloßhöfe künftig von jeglicher politischer Demonstration, welcher Art sie auch seien, zurückgehalten werden sollen. Es handelt sich um eine rein auf den Ort der Veranstaltung beschränkte Nichtgenehmigung. Es wäre, wie das Ministerium mitteilt, nichts im Wege gestanden, wenn die Deutsche Studentenschaft die Kundgebung an irgend einem anderen außerhalb des Schlosses liegenden Platze veranstaltet hätte.“

Nazirowdys in Freiburg

Freiburg i. B., 2. Juli. In der Nacht zum Freitag mußte die Polizei auf dem Schwabentorplatz, wo sich das Gewerkschaftshaus befindet, wiederholt Versammlungen von Angehörigen verschiedener politischer Richtungen zerstreuen. Ferner mußte ein durch die Herze- und Salzstraße ziehender Demonstrationzug der Nationalsozialisten polizeilich aufgelöst werden. Vor dem Gebäude der Volkswacht brachte ein Mittelschüler während einer Auseinandersetzung mit politischen Gegnern einem Reichsbannermann mit einem Faustmesser leichte Verletzungen an der linken Hüfte und an der linken Hand bei.

Nazi hören Zentrumstudenten-Kundgebung

Freiburg i. B., 2. Juli. Am Donnerstagabend veranstalteten die Zentrumstudenten der Universität Freiburg eine Kundgebung, die auch mit Nationalsozialisten durchsetzt war. Während der Ausführungen von Hauptreferent Dr. Kurt Schumacher wurde ein nationalsozialistischer Störversuch gemacht. Als der Name Kaas fiel, wurde von einem Nationalsozialisten der Zwischenruf „Kaas“ gemacht. Daraufhin versuchte die Schloßhofpolizei die Teilnehmer aus dem Saal zu entfernen. Das war der Anlaß zu einem Verstoß der Nationalsozialisten, die Versammlung zum Aufsteigen zu bringen. Nachdem die Polizei etwa 50 Nationalsozialisten entfernt hatte, konnte die Versammlung zu Ende geführt werden. Zum Schluß wurde in der Versammlung eine Treuekundgebung für Dr. Brüning abgehalten.

Landesausschußtagung der Deutschen Volkspartei

Karlsruhe, 3. Juli. Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei hielt heute hier eine aus allen Landesteilen bediente Sitzung ab, an der auch Reichsminister a. D. Dr. Curtius teilnahm. Finanzminister Dr. Matthes machte programmatische Ausführungen, wobei er u. a. sagte, die Deutsche Volkspartei trete in den Wahlkampf mit dem Kampfsziel ein: für bürgerliche Ordnung und Freiheit, gegen Sozialismus und Bürgerkrieg. Der Kampf gehe um eine Reichsverfassungs- und Wahlreform, die die parteipolitische Bindung der politischen Arbeit beseitigt. Ohne Sinaufhebung des Wahlalters auf 25 Jahre und Rückkehr zur Persönlichkeitswahl sei eine Geländung der deutschen Volkspartei undenkbar. Als eine weitere Aufgabe in diesem Wahlkampf betrachte die Deutsche Volkspartei die Aufklärung des deutschen Bürgertums über die Gefahren eines Bürgerkrieges. Der Kampf gelte schließlich dem Sozialismus festlicher Art, der in den Köpfen die geistige und wirtschaftliche Lebenskraft und damit die Entwicklungsfreiheit nehme. Der Minister unterstrich am Schluß, daß der Gedanke der Sammlung des Bürgertums auch in diesem Wahlkampf mit aller Kraft gefördert werden müsse.

Einstimmig gelangte eine im Sinne der Rede gehaltenen Entschließung zur Annahme. Es heißt darin: „Die Deutsche Volkspartei hat alles getan, um die Sammlung des Bürgertums zu fördern, an der grundsätzlichen Ablehnung der Staatspartei und des Evangelischen Volksdienstes ist sie aber gescheitert. Die Deutsche Volkspartei tritt daher selbständig in den Wahlkampf ein, überzeugt, daß nur durch nationale und liberale Politik Deutschland geundet kann.“

Der Parteivorstand wurde mit der Aufstellung der Kandidatenliste betraut.

Evang. Volksdienst und Reichstagswahl

Karlsruhe, 3. Juli. Der Landesausschuß des Evang. Volksdienstes, der heute hier tagte und gut besucht war, hat als Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt: 1. Dr. Schmechel-Mannheim, 2. Simpfendorfer, 3. Schneider-Konstantz.

Generalversammlung des Vereins Badischer Fortbildungsschullehrer

Der Verein Badischer Fortbildungsschullehrer hielt in Offenburg eine Generalversammlung ab. Der Tätigkeitsbericht des 1. Vorsitzenden, Oberlehrer Schäfer, der Tätigkeitsbericht des 2. Vorsitzenden, Oberlehrer Schäfer, der Tätigkeitsbericht des Rechnungsbereits des Rechners, Fortbildungsschullehrer Meiser, Mannheim fanden einstimmige Genehmigung. Eine Entschließung fand einstimmige Annahme, in der es heißt: „Der allgemeinen Fortbildungsschule als einziger Bildungs- und Erziehungsinstitution der überwiegenden Mehrheit der volkschulentfremden wertvollen Jugendlichen bedarf es. In der heutigen Zeit, in der der politischen Unruhen und Verwirrungen, eine große Verantwortung und erhöhte Bedeutung für Staat und Gesellschaft zu. Der Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit gerade in solcher Zeit durch Arbeit und Ernährungsmaßnahmen einzuwirken, bedeutet eine ernste Gefahr für die Jugendlichen in Stadt und Land, die nicht unterläßt werden darf.“

Tagesschau

Wie ein Vertreter des japanischen Ministeriums des Außenmittels, laufen die Instruktionen, die das Ministerium Ratubetra erteilt hat, auf eine vollkommene Ablehnung von Hoover Abstützungsversuchen hinaus.

SP. Der Vorstand der Zentrumspartei hat beschlossen ohne Listenverbindung in den Wahlkampf zu gehen. Die von der Staatspartei angetriebene und anfänglich ausichtsreiche Listenverbindung ist damit erledigt.

Die Deutschnationale Volkspartei hat mit der Deutschen Volkspartei für die kommende Reichstagswahl eine Listenverbindung vereinbart.

Der preussische Staatrat hat beschlossen, gegen das von den Nationalsozialisten eingebrachte und von der nationalsozialistischen-Landtagskommission des Reichstages Landtags angenommene Amnestiegesetz Einspruch zu erheben.

Gebirnarzt Dr. Ing. a. h. Ernst Sachs, der Erfinder der Freilau-nabe und des Kugelsagers, ist in Schweinfurt gestorben.

Die Verhandlungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Bauernbund, die auf ein Wahlbündnis zwischen beiden Parteien abzielten, sind gescheitert.

Die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 30. Juni 24,1 Prozent gegen 25 Prozent am 23. Juni ds. Js.

Milliarden-Konversion in England

London, 2. Juli. Die englische Regierung veröffentlicht einen Konversionsplan für den Betrag der 5 Prozent-Kriegsanleihe mit 1/2 Mrd. 2000 Millionen. Danach werden die Inhaber der Anleihe aufgefordert, die Anleihe zur reduzierten Rate von dreieinhalb Prozent ab 1. Dezember weiter zu behalten. Wer Barauszahlung am 1. Dezember wünscht, muß vor dem 30. September ausdrücklich kündigen. Wer bis dahin keine Mitteilung ergreift, hat das Konversionsangebot angenommen. Die letzte 5 Prozent-Zinszahlung erfolgt am 1. Dezember.

Die überraschende Nachricht von der Konvertierung der englischen Kriegsanleihe auf einen Zinssatz von 3 1/2 gegen bisher 5 Prozent hat an der Londoner Börse wie auch in ausländischen Finanzkreisen größte Erregung hervorgerufen. Diese Erregung ist verständlich, denn es handelt sich bei der englischen Kriegsanleihe um einen Betrag von 30 Milliarden Goldmark, also um ein Drittel der gesamten inneren Verschuldung Großbritanniens.

Papens Notverordnungsetzt

Die Reichsregierung hat den Reichshaushalt für 1932/33 als Notverordnung erlassen, jedoch „vorbehaltlich der endgültigen Verabschiedung durch den neuen Reichstag“. Es ist das erste Mal, daß ein durch den Reichstag überbaut nicht beratener Etat durch Notverordnung erlassen wird. Der von der Regierung im März 1930 durch Notverordnung verabschiedete Etat war wenigstens vom Haushaltsausschuß des Reichstages durchberaten worden. Der Hinweis auf die Möglichkeit, daß der kommende Reichstag endgültig über diesen Reichshaushalt zu beschließen haben werde, ist nicht viel mehr als weiße Salbe. Denn die Reichsregierung hat einstweilen ihre Ausgabenbewilligungen. Sie kann das Geld ausgeben, so wie sie es will.

Der durch Notverordnung erlassene Etat für 1932 enthält in dem Anlaß für Kräfteverknappung, der wesentlich niedriger ist als der Betrag, der noch in der Haushaltsvorlage der Regierung im März für 1932 stand, die Grundlage des arbeitserfindlichen Kurzes der Reichsregierung.

Die Deckung des Etats für 1932 selbst steht nur auf dem Papier. Besonders bedenklich ist, daß der Etat zwar eine Ermächtigung an die Reichsregierung zu einem Gesamtabdruck von insgesamt 110 Millionen Reichsmark an den verschiedenen Titeln des Reichshaushalts für 1932 enthält, ohne daß aber die Regierung bereit gewesen ist, im Reichsrat anzugeben, wo sie im einzelnen diese Streichungen zu machen beabsichtigt. Auch hier können noch Ueberraschungen auf sozialpolitischem Gebiet eintreten.

Heil Hitler!



„Siehe, Paul, dafür haben sie uns die Rente gefährdet.“

Der rasende Wahnsinn

Darmstadt, 2. Juli. (Ein. Ber.) In Offenbach bei Alzen in Rheinhessen wurden sieben Angehörige des Reichsbanners, die von einer Gerichtsverhandlung in Alzen kamen, von Nationalsozialisten überfallen und zum Teil schwer verletzt. Die Polizeistelle in Offenbach brachte es fertig, die Benutzung des Telefons zur Benachrichtigung des Ueberfallkommandos und der Behörden zu verweigern.

Stuttgart, 3. Juli. In den Abendstunden des Samstags ist es zu Gemalttätigkeiten zwischen politischen Gegnern gekommen, die das Einschreiten von berrittener Polizei und der Ueberfallkommandos bis in die Morgenstunden hinein notwendig machten. Ueber 80 Beteiligte wurden festgenommen. Die Zahl der Verletzten steht noch nicht fest.

Duisburg, 3. Juli. Zu einer schweren Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es gegen 10 Uhr abends im Stadtteil Wanheimerort. Es fielen auch mehrere Schüsse. Vier Personen wurden verletzt, eine davon schwer.

Berlin, 3. Juli. Gestern abend kam es in verschiedenen Gegenden der Stadt vor Parteifolken wiederholt zu Schlägereien, bei denen sechs Personen leicht und eine schwer verletzt wurden. Die Polizei stellte die Ruhe in allen Fällen wieder her.

Halle a. S., 3. Juli. Bei der Heimfahrt der Nationalsozialisten vom Mitteldeutschen Treffen in Dessau kam es verständig in der Umgebung zu Zusammenstößen mit politischen Gegnern. So wurde ein mit Nationalsozialisten besetztes Auto bei Kieftitz b. Wittenberg von Kommunisten mit Steinen bemorken. Darauf gab ein Anjaße einen Schuß ab, durch den ein Kind in der Oberkniegegend getroffen wurde.

Essen, 3. Juli. Rospfortler, die an der Spartakiade teilnahmen, beschossen heute nachmittags verteilte Polizeistabteilungen. Der Polizeiwachmeister Hanna wurde durch einen Kopf- und Bauchschuß getötet. Nach Zeugnisaussagen hat die tödlichen Schüsse der 23 Jahre alte Josef Staudinger aus Essen abgefeuert, der jedoch noch flüchtig ist. Die Fortsetzung der Spartakiade wurde sofort verboten. Außerdem wurden noch 24 Personen verletzt, vier von ihnen schwer.

Essen, 4. Juli. Gestern abend wurde hier ein Ueberfallwagen der Schutzpolizei mit Steinen beworfen. Die Beamten feuerten drei Schüsse ab. Ein Angreifer, der 24jährige Hans Schneider, wurde getötet.

Württemberg gegen die Papen-Verordnung

Stuttgart, 3. Juli. (Ein. Bericht.) Im württembergischen Landtag fand eine eingehende Aussprache über die sozialpolitische Notverordnung der Papen-Regierung vom 14. Juni statt, wobei die Redner des Zentrums und der Sozialdemokratie Gelegenheit nahmen, das enge Verhältnis zwischen den Nazis und der von ihnen getragenen Regierung Papen-Schleicher mit allem Nachdruck festzustellen.

Nach Abschluß der Debatte wurde über die vorliegenden Anträge abgestimmt. Der sozialdemokratische Antrag, der die Regierung beauftragt, beim Reich die sofortige Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni zu fordern, wurde mit 68 Ja-Stimmen bei 2 deutsch-nationalen Enthaltungen, also nahezu einstimmig angenommen. Die Heuschel, die darin lag, daß die Nazis dem Antrag zustimmen obwohl sie im Ernst gar nicht daran denken, der Papen-Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, wurde gebührend gebrandmarkt.

Der Nazi verliert — die Freiheit marschier! Dreipfeile!

Naziotter, eile, eile, Alles trägt jetzt Freiheits-Pfeile!

Kommunistische Fehltaktik

Die kommunistische Heppolitik als Zutreiber für die Faschisten

Der vollkommene Bankrott der kommunistischen Partei zeigt sich nirgends besser als in ihrem Einheitsfront-Kumbua. Daß die KPD die Einheitsfront nicht will, steht fest. Duzende von Beweisen dafür liegen bereits vor. Die Werkzeuge Moskaus haben nicht den Auftrag, eine geschlossene Kampftruppe des Proletariats gegen den Faschismus aufzurichten, sondern nach wie vor nur die Aufgabe, der Sozialdemokratie die Wähler abzulügen. Der große Augenblick findet in der KPD nur jämmerlich kleine Geister. Trotz des Ernstes der Stunde, trotz eines Kampfes von geschichtlicher Größe, des Kampfes der deutschen Arbeiter um ihre Freiheit sind die kommunistischen Führer nicht imstande, realpolitisch zu denken. Seelische Größe und geistige Ueberlegenheit ist ihnen fremd, auch jetzt in der Stunde der Gefahr. Man kann nur staunen über die Geistesarmut von Führern, denen es im Grunde genommen so leicht gemacht ist, für ihre Partei Stimmen zu holen, und denen trotzdem nichts anderes einfällt, als gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften weiter zu schimpfen, als eben die ihr Einheitsfront-Kumbua.

Erklären läßt sich dieses völlige Verlangen von Leuten, die sich einbilden, in Deutschland das Proletariat zu führen, nur damit, daß die kommunistische Partei in Deutschland im Grunde genommen ohne jede Orientierung ist. Moskau hat zur Zeit zu viel mit sich selbst zu tun und muß daher annehmend die deutschen Führer der Kommunisten sich selbst überlassen. Die Politik dieser „Führer“ ist infolgedessen auch danach. Vor den Kulissen wird also treu und brav weiter geschimpft auf die Gewerkschaften und auf die Sozialdemokratie, wird der Einheitsfront-Kumbua tapfer fortgesetzt. Hinter den Kulissen jammert man über den Bankrott dieser Kumbua-Politik. So erklärte, wie wir erfahren, auf einer KPD-Konferenz, die am 21. Juni in Essen stattfand, der Referent Beyer, daß das Mißlingen des Januar-Streiks in Rußland eine starke Beunruhigung hervorgerufen habe. Dort habe man die Niederlage damit erklärt, daß die deutschen Kommunisten eine verkehrte Einheitsfrontpolitik getrieben hätten. Die Hege gegen die Gewerkschaften sei falsch gewesen, sie sei von der Arbeiterklasse nicht verstanden worden. In der Zentrale der Roten Gewerkschaftsinternationale sei man infolgedessen beinahe zu dem Entschluß gekommen, die KPD in Deutschland aufzulösen. Die deutschen Kommunisten hätten jedoch um gut Wetter gebeten, weil sie sich nicht vor der deutschen Öffentlichkeit vollkommen lächerlich machen wollten. Der zweite Referent Stenemeyer erklärte die Frage der Einheitsfront als wichtigstes Problem der Gegenwart. Aufgabe der Kommunisten sei es, die freigewerkschaftlichen und christlichen Arbeiter ideologisch zu gewinnen. Um die Massen unter kommunistischen Einfluß zu bringen, dürfe man aber die reformistischen Führer nicht als Verräter bezeichnen, weil man damit die Arbeiter nicht gewinnen könne. Die Russen hätten den deutschen Kommunisten den Vorwurf gemacht, eine Rundschreibensfabrik eingerichtet zu haben. Statt Rundschreiben zu verschicken, käme man klüger, in den Betrieben zu arbeiten und zu sein, daß die Kommunisten die Arbeiterinteressen besser wahrnehmen könnten als die freigewerkschaftlichen Funktionäre. Diesen Beweis habe man aber bis jetzt nicht erbringen können.

Daraus geht ganz klar hervor, daß die ganze Einheitsfronttätigkeit der Kommunisten nur den Zweck hat, vor den Kulissen den Arbeitern den Bankrott der kommunistischen Partei zu verschleiern. Daß die Kommunisten völlig außerstande sind, die freigewerkschaftlichen christlichen Arbeiter ideologisch zu gewinnen, zeigt ein Brief in ihre Presse, die heute schreibt wie irgendein ordinäres nationalsozialistisches oder rechtsradikales Blatt. So hat sich die kommunistische Presse zu folgenden Sätzen verhalten: „Die Sozialdemokratie hat 12 Jahre lang mit blühender Treue die Erfüllungspolitik durchgeführt. Die Sozialdemokratie ist die treueste Trägerin und Vorläuferin der Politik der Unterordnung unter das Diktat des französischen Imperialismus, der freiwilligen Auslieferung wertvoller deutscher Volksgenossen im Osten Deutschlands unter den Stiefel des polnischen Faschismus. Nur im schärfsten Kampf gegen die verräterische Sozialdemokratie kann das deutsche Proletariat die Ketten der kapitalistischen Lohnsklaverei und des Verfallens des Vaterlandes zerbrechen.“

Wie man sieht, kämpft auch heute noch die kommunistische Partei

in der Front der Rechtsradikalen gegen die Sozialdemokratie. Ihr Einheitsfrontgedanke ist nichts anderes als Unehrlichkeit und Verlogenheit. Wer will sich angesichts der nationalsozialistischen Schreibweise der kommunistischen Presse wundern, wenn bei den Wahlen viele Kommunisten in das Hitlerlager hinübergewandert sind? Die Rechts- und Linksradikalen sind sich nach wie vor in der Befürwortung der Sozialdemokratie einig. Die Front gegen den Faschismus kann nicht durch unsichere Kantonalisten gestärkt werden. Sie braucht zuverlässige Kämpfer. Ihre Kämpfer sind die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeitnehmer. Die Arbeiterklasse sammelt sich daher unter dem Banner der Eisernen Front.

Eine beachtliche Anregung

Ein Akademiker schreibt uns: „Jedes einzelne Exemplar des Volksfreund ist wertvolles Propagandamaterial, wenn jeder Leser sich verpflichtet fühlt, dafür zu sorgen, daß das Blatt in die Hände von Andersdenkenden oder unentschlüssenen Menschen kommt. Es sollte deshalb jeder Einzelne täglich sein Exemplar, möglichst unter Hervorhebung von wirkungsvollen Nachrichten oder Ueberschriften durch Poststift, weitergeben oder in öffentlichen Anlagen, wo es in die Hände der Erwerbslosen und anderer kommt, niederlegen.“

Wir empfehlen diese Anregung zur praktischen Befolgung.

Gewerkschaftliches

Kurzarbeit oder betrügerischer Gehaltsabbau?

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Bekanntlich haben die Angestellten unsäglich Betriebe ein hohes Maß gewerkschaftlicher Solidarität dadurch bewiesen, daß sie durch Abschluß von Kurzarbeitsverträgen geplante Entlohnungen verhinderten und so Einzelnen ungewollte Opfer gemeinsam trugen. Daß von Unternehmerseite eine betrügerische Selbstlosigkeit niemals begriffen, geschweige denn geachtet werden würde, war zwar vorausgesetzt; Erscheinungen, wie sie sich in letzter Zeit jedoch immer häufiger abspielten, fordern zu allerhöchstem Protest heraus.

In vielen Betrieben hat man bei Festsetzung des Umlanges der Kurzarbeit dafür Sorge getragen, die bisherige Arbeitszeit so weit als irgend möglich zu rebusieren. Sobald nun durch Belegung des Geschäftes eine stärkere Belastung eintrat oder — was auch nicht selten der Fall war — trotz der Kurzarbeit Rindigungen vorgenommen wurden, ergab sich, daß die Arbeit in der gefürzten Zeit nicht mehr bewältigt werden konnte. Was dann wiederum nicht etwa zur Aufhebung der Kurzarbeit führte, sondern zu deutlichen Verlautbarungen der Geschäftsleitungen, daß „die Arbeit eben so schwierig sei“.

Tatsache ist also heute, daß in vielen Fällen bei durch Kurzarbeit verringerten Gehältern die volle Arbeitszeit abgeleistet werden muß. Daß bei der trostlosen Lage des Arbeitsmarktes kein Angestellter es wagen wird, die Kurzarbeit einzuhalten und dadurch mit seinen Arbeiten in Rückstand zu kommen, hat man mit in die Rechnung gelegt.

Leider können sich die Unternehmer unter dem heutigen Regime betrügerische Freiheiten erlauben — ohne dabei irgendeiner Gefahr ausgesetzt zu sein. Allerdings werden die Angestellten am 31. Juli durch Wahl der Liste 1 ihre Wehr befehlen.

Gewerkschaftsleistungen und Arbeitslosenunterstützung

Die Drohung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, bei Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung, ihre bisherigen Leistungen einzustellen, hat schnell gefruchtet. Der Reichsarbeitsminister weist jetzt darauf hin, daß keine Bedenken bestehen, Unterstützungen, die auf Grund eigener Vorzüge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, in der Arbeitslosenversicherung und in der Kriegsfürsorge bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und bei der Bemessung der Leistungen außer Ansatz zu lassen.

Die an die Regierung gerichtete Drohung der Gewerkschaften gab der kommunistischen Presse Anlaß, von einem Zusammenstoß der Gewerkschaften mit der Völkervereinigung zu phantazieren. Die Antwort des Reichsarbeitsministers auf das Schreiben der Gewerkschaften ist ein klarer Beweis, daß die kommunistische Presse wieder einmal ohne jeden Grund und völlig gemißlos darauflos gehet hat.

Der Inhalt des an den Reichsarbeitsminister gerichteten Schreibens der Gewerkschaften war für jeden Menschen mit normalem Verstand vollkommen einleuchtend. Sie wandten sich gegen die drohende Anrechnung und forderten vom Reichsarbeitsminister, daß er durch eine Anweisung solche Anrechnungen ausschloße, und sie begründeten dieses Verlangen auch mit dem besonderen Rechtscharakter der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Sie erklärten, daß die gewerkschaftlichen Mittel nicht dazu da sind, um die öffentlichen Mittel zu ersetzen und daß, falls die Anrechnung erfolgen sollte, die bisherigen Leistungen insofern eingestellt werden müßten.

Niemand in den Gewerkschaften denkt daran, auf diese Weise Geld einzusparen. Es ist vielmehr ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaften stets Mittel und Wege finden werden, die zur Versorgung lebenden Mittel auch weiterhin im Interesse ihrer arbeitslosen Mitglieder zu verwenden. Kein Gewerkschaftsmittel aber könnte Interesse daran haben, daß durch den Einlaß der Gewerkschaftsmittel die Arbeitslosenversicherung oder die Arbeitslosenfürsorgeeinrichtungen von eigenen Verpflichtungen entlastet werden.

Die Landarbeiter in Baden tariflos

Vom Landarbeiterverband wird uns geschrieben: Seit dem Jahre 1920 waren in Baden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer durch Tarifvertrag zwischen den Arbeitnehmer-Organisationen und dem Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverband geregelt. Nachdem der Vertrag im Laufe der Jahre wiederholt geändert wurde, kündigten die Arbeitgeber zum 31. Dezember 1931 sowohl den Mantel- als auch den Lohnvertrag. Die Arbeitgeber waren tariflos. Der Arbeitgeberverband erwog sehr ernsthaft den Gedanken, sich überhaupt aufzulösen, um auf diese Weise sich in Zukunft von einem Tarifvertrag zu drücken. Diese Schnapsidee wurde allerdings nicht ausgeführt. Am Kampfe gegen den Tarifvertrag waren sie alle beteiligt, die Kleinen wie die Großen. Die Kleinen, welche das ganze Jahr überbaute keine Leute, höchstens mal in den Spitzenarbeiten einen Tagelöhner beschäftigten, natürlich am allermeisten. Im Kampfe gegen den Tarifvertrag fanden sich in hoher Eintracht der Zentrum-Bauernverein, neben dem nationalsozialistischen Landbund, daneben die Landwirtschaftskammer und die Herren Dekommissionäre, die öffentlichen Körperchaften bis zum Innenministerium. Die Landarbeiterlöhne sind zu hoch, die Landarbeiterlöhne müssen herunter. Der Tarifvertrag muß weg! das war das Feldgeschrei der Landwirtschaft bei allen Gelegenheiten.

Herrgott! Wird da mancher denken, müssen aber die Landarbeiter Löhne gehabt haben. Ja, Kuchen! Herhören. Im Tarifvertrag sind drei Lohnklassen vorgegeben. Sie lauten: Stundenlohn für über 21 Jahre alte Arbeiter Klasse 1 46 Pf., Klasse 2 44 Pf., Klasse 3 42 Pf. ohne irgend welche Zugabe und nur für vollwertige Arbeitskräfte.

Nun kam die 4. Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten. Auf Grund dieser wurde auch der gefürzte landwirtschaftliche Lohn- und Arbeitsvertrag bis zum 30. April verlängert. Selbstverständlich nachdem der Schlichter die Löhne um 15 Prozent gekürzt hatte. Dies war zweifelsohne für die larmelose schon in großer Not befindende Landarbeiterschaft äußerst schmerzhaft, den nun haben die Löhne so aus: Stundenlohn für über 21 Jahre alte Arbeiter Klasse 1 39 Pf., Klasse 2 37 Pf., Klasse 3 36 Pf.; Stundenlohn für über 21 Jahre alte Arbeiterinnen Klasse 1 27 Pf., Klasse 2 26 Pf., Klasse 3 25 Pf.

Jedoch, die Arbeitgeber sind immer noch nicht zufrieden. Diesen Herrschaften kam der Appetit beim Essen, abermals sollen die Löhne um 15 Prozent gekürzt werden. Aus diesem Grunde hat der Arbeitgeberverband nun erneut das Lohnabkommen zum 28. Mai gekündigt. In einer stattgefundenen Verhandlung zwischen den Arbeitnehmern- und den Arbeitgebervertretern war eine Verständigung nicht möglich. Doch die Herren Arbeitgeber fragen einen Teufel nach Tarifvertrag. Einmalig, der Tarifvertrag ist gekündigt, wir bezahlen was wir wollen. An der Spitze natürlich die Standesherren, sie traten aus dem Arbeitgeberverband einfach aus. So nun geht uns der Tarifvertrag nichts mehr an. Das wird besaßt, wenn es nicht daht, der kann gehen. Die übrigen lassen sich gerne belehren, sie tun das gleiche. Alte, jahrelang in den Betrieben beschäftigt gewesene Arbeiter werden entlassen, dafür Köhnlente oder Oberflächler eingestellt, oder junge Wochenlöhner, welche von morgens 4 Uhr bis abends 10 Uhr ausgebeutet werden. Und dies tut ausgezehret die alljährliche mit Millionen von Mark Steuerarosen der Arbeiterschaft und der Verbraucherschaft subventionierte Landwirtschaft.

Landproleten! Werdet ihr immer noch nicht munter? Schließt euch zusammen im Deutschen Landarbeiterverband, nur er allein bekämpft diesen Bauernterror. Rbl.



Manche Zigarette

gibt es, doch wenn sie mild ist, heißt sie Salem.

Die milde SALEM 3 1/3

Nurecht mit Firma Tab.-u. Cigaret.-Fabr. Jenitz 1907/1912 G.m.b.H. Dresden

Das ist die Salem-fabrik

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mühlburg
Montag, den 4. Juli, 20 Uhr, im „Stischen“
Öffentliche Wählerversammlung.
Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht. Werbt alle für einen guten Besuch.

Bezirk Daxlanden
Am Montag, 4. Juli, halb 9 Uhr abends, findet im Karlsruhe Hof eine wichtige Vorstandssitzung statt. Rechtliches Erscheinen der Ausschussmitglieder ist dringende Pflicht.

Bezirk Müppurr
Die nächste Bezirksversammlung findet Dienstag, 5. Juli, 20.15 Uhr, im Kindergarten statt. Unser Reichstagskandidat Gen. S. Veit spricht über „Der Reichstagswahlkampf — Der Kampf gegen Kapitalisten- und Monarchistenrechte“. Alle erscheinen! Eiferne Front voran!

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der Vorstoß eines Zwischenhochs nach Mitteleuropa hat sehr rasche Besserung des Wetters gebracht. Die bei England gelegene Zirkulation wurde dabei in westlicher Richtung aus Island zurückgedrängt. Sie verläuft nun einen neuen Vorstoß gegen den Kontinent.

Wetteraussichten für Dienstag, den 5. Juli 1932: Fortdauer des heiteren und trockenen Wetters. Am Tage sehr warm.

Wasserstand des Rheins

Kaiser 203, Waldsbut 381, Schifferinsel 264, Rehl 498, Mainz 578, Mannheim 452 Zentimeter.

Auskünfte der Redaktion

Baden-Vierteltag. Die Aufhebung des Verfassungstaats als geheimer Feiertag war nach Lage der Dinge nicht mehr zu vermeiden. Allein schon die Tatsache, daß die Landwirtschaft stets an diesem Tage dringliche Erntearbeiten vorzuführen, führte zu einer für die Feiertagssituation. Die Schulen haben im August Ferien.

502, Offenburg. Unmöglich, bin am 8., 9., 10. und 11. Juli in Franken auf Wablstation.

J. S., Sandweiler. Die zahlenmäßigen Angaben in dem Artikel des Allgemeinen Anzeiger stimmen. Die Schlussfolgerungen des Blattes sind nicht richtig. Eine besondere Polemik gegen das Blatt erübrigt sich. Eine „Berichtigung“ auf Grund des Pressegesetzes ist unmöglich. Besten Dank für die Zusendung.

Nach Neufahr. Ihr Artikel ist nicht zum Abdruck geeignet. Im Übrigen: an Material zur Bekämpfung der Rasis fehlt es wahrlich im Volksfreund nicht.

Es wäre schade um ihre Hände — wenn Sie sich noch wie an Großmutterzeiten damit abmühen, die Wäsche umständlich vorzuwaschen, statt einzuweichen. Das Einweichen mit Sento ist ein ganz großer Fortschritt für die Hausfrau und viel besser für das Gewebe. 1 Paket Sento reicht für 4 bis 5 Eimer Wasser.

Dr. med. H. W. Claus - Arzt
117 Erkennung der Brustorgane hat seine Tätigkeit heute wieder aufgenommen.
Sprechstunden: Mo., Di., Do., Freit. Nachm. 7-9 Uhr. Mi. u. Sa. Vorm. 8-10 Uhr. Fernruf 1001
Praxis: Sothenstr. 9

Meine Praxis befindet sich jetzt
Vorholzstr. 35 II
Dr. med. Franz Herbert
Facharzt für Chirurgie
Sprechstunden tägl. 3-5, Samstags keine
Ruf-Nr. 5793

A. Werthhammer
MALERMEISTER
Luisenstraße 37, Tel. 7365
Ausführung aller Maler-Arbeiten
solid und preiswert

Öffentliche Bekanntmachungen
Öffentliche Zahlungserinnerung.
Es sind zu entrichten:
1. Juli 2. Hälfte der Gebäudeversicherung.
11. Juli Vorauszahlung der Anleihesteuer für den Monat Juni 1932.
15. Juli 2. Viertel der Grund- und Gewerbesteuer 1932 nebst 10 p. Z. Landbesitzersteuerzuschlag.
Nicht rechtzeitige Zahlung der Steuern hat die Festlegung von Verzugszuschlägen mit 15 p. Z. für jeden angelaufenen Monat zur Folge. Vergleichen Sie die Zahlung unter Angabe der Steuernummer wird empfohlen.
Karlsruhe, den 4. Juli 1932.
Die Finanzämter Karlsruhe Stadt und Land, Durlach und Ettlingen.

Gaggenauer Anzeigen
Lebendes Betr. Die Viehhalter von Gaggenau, welche Interesse an Lebeweid haben, das innerhalb des Monats August genutzt werden kann, wollen ihren Bedarf an Stroh bis spätestens Freitag, den 3. Juli 1932, auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 anmelden.
Gaggenau, den 2. Juli 1932.
Der Bürgermeister: Schmid.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund Gau Baden.
Todes-Anzeige.
Wir machen hiermit unsern werten Sangsgenossen die traurige Mitteilung vom Tode unseres lieben Sangsgefährten und Bezirksleiters
Aurel Heiser
Die Beerdigung findet heute Montag, den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr auf dem Hauptfriedhof statt. Wir bitten die Vereine des III. Bezirks, sich mit Fahnenabordnung um 1/3 Uhr vor der Friedhofkapelle einzufinden.
Der Gauvorstand. Die Bezirksleitung.

Versteigerung
Dienstag, den 5. Juli 1/3 Uhr i. V. für die Versteigerung dessen, den es angeht
Körnerstraße 18
2500 Zigaretten, 600er Packung, Schlafzimmer, Bettstelle mit 3 teiligen Spiegelkasten u. Kristalllampe, weiß Metallbett, aus Nachlaß: 6 Herrenanzüge, Paletot, goldene Uhren, alte Silber (1781), Silberbesteck, 2 polierte Weinteller mit Patent-Loch, Küchengeräte, Komplette, Herd, Lampen, Badewanne, Tisch, Stühle, Knabenstühle, Grammophonplatten usw. — 3548
Heih. Goethestr. 18
Klein-Wies, 4/20 Opel über 2500ccm Motor, 1930er Jahrgang, sofort zu kaufen gesucht.
Anfrage an G. Gansbacher, Gansbacherstr. 4, 11

Kleine bad. Chronik

Schwerer Verkehrsunfall — Ein Toter, zwei Verletzte
Vörrach, 2. Juli. Auf der Straße zwischen Haag und Hauringen ereignete sich am Freitag abends gegen neun Uhr ein schwerer Verkehrsunfall, dem auch ein Menschenleben zum Opfer fiel. Der Motorradfahrer Forsthuber fuhr mit seinem Motorrad von Haag nach Hauringen und stieß kurz vor Hauringen an einer Kurve mit einem ihm entgegenkommenden Kleinwagen aus Vörrach zusammen. Der Anprall war so heftig, daß beide Fahrzeuge um 180 Grad auf der Straße gedreht wurden, wobei der Motorradfahrer mit großer Wucht in das Auto geschleudert wurde. Er erlitt so schwere Verletzungen am Hals — u. a. wurde ihm die Halsschlagader durchgeschnitten — daß er wenige Minuten nach dem Zusammenstoß verstarb. Sein Soziusfahrer wurde heruntergeschleudert und blieb mit einem Oberschenkelbruch liegen. Auch der Autofahrer erlitt durch Glasplitter erhebliche Verletzungen im Gesicht und am Kopf und wurde ferner durch das abgerissene Steuerband auch an der Brust verletzt. Der ums Leben gekommene Motorradfahrer hinterläßt eine junge Frau mit einem dreijährigen Kind.

Schweres Fallbootunglück auf dem Oberrhein — Drei Tote
Waldsbut, 2. Juli. Zwischen Laibstadt und Schwaderloh auf schweizerischem Gebiet ereignete sich auf dem Rhein ein schweres Fallbootunglück. Vom Ufer aus sah man mitten im Rhein ein gekentertes Fallboot treiben, an dem sich drei junge Männer festhielten, die langsam in den Fluten versanken. Hilfeleistung war unmöglich. Man muß annehmen, daß die drei Insassen ertrunken sind. Ihre Identität steht noch nicht fest.

Bruchial, 2. Juli. Schwere Körperverletzung mit Todesfolgen. Gestern morgen gegen 3 Uhr wurde in der Huttenstraße ein junger Mann namens Heilmannspurger in blutüberströmtem Zustande aufgefunden. Nach Anlegung eines Notverbandes durch einen Sanitäter wurde der Verletzte mittels Sanitätsauto in das Krankenhaus verbracht. Es wurden mehrere Stichverletzungen am Hinterkopfe, rechten und linken Handballen und am rechten Knie festgestellt. Er ist nun heute morgen seinen Verletzungen erlegen.

Analystag. Am Samstag fuhr ein jüngerer Mann namens A. B. beim Galopp am Prinz-Max mit dem Rad eine Schleife als ein Kraftfahrzeug bereits in besorgniserregender Nähe war. Dem Radfahrer wurde ein Fuß abgefahren. — Sonntag vormittag 11 Uhr wurde in der Nähe der Paulusstraße ein Kinde von einem Kraftwagen erfasst und überfahren. Glücklicherweise schienen sich schlimmere Folgen nicht einzustellen. — Sonntag nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr überfuhr ein Kraftwagen den Sohn des Finanzamtsangehörigen Schneider, der etwa 12 Jahre alt ist. Damit lies die Liste der Unfallsfälle in diesem feineswegs erschöpft. Der 26 Jahre alte Feinmechaniker Dito Heil, wohnhaft in Schafgarben, ein in allen rüstig und lachlich denkender Arbeiter äußerst beliebter Mann, erkrankte am sechsten Sonntag beim Baden im offenen Rhein. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Aus anderen Verbänden

Schloßgraben, 2. Juli. St. Georgen — Lutzingen 1:3. Donauschingen gegen Durlach 6:0. Furtwangen — Trostingen 4:2. Gießenbach — Pfl. Emmendingen 1:1.

Aus aller Welt

Schwerer Eisenbahnzusammenstoß in der Tschscholowaki
Praag, 3. Juli. Zwei Züge einer Nebenbahn sind gestern abend bei Beneschau in Südböhmen zusammengestoßen. Neun Personen wurden getötet und 15 schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich während eines starken Gewitters, das über diese Gegend niederging.

„Graf Zeppelin“ kreuzt über England
London, 3. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ überflog Portsmouth, kehrte von dort nach London zurück und kreuzte über der City gegen 22.30 Uhr in geringer Höhe.

Schweres Bergungslid im Dehial
W. B. München, 3. Juli. Am Acher-Rogel ereignete sich heute ein schweres Bergungslid. Drei Touristen stürzten tödlich ab.

Tödlicher Absturz mit dem Fallschirm
Dübendorf, 3. Juli. Bei einer hier abgehaltenen Flugveranstaltung wollte ein Techniker aus Schlieren bei Zürich aus einem Flugzeug mit dem Fallschirm abspringen. Der Mann verlor sich aber beim Absprung in die Abgasröhre, die sich. Der Fallschirm öffnete sich daher nicht und der Techniker blieb mit zerstückelten Gliedern tot am Boden liegen. Der Absturz geschah aus 350 Meter Höhe.

Hochzeitszug überfallen
Belgrad, 2. Juli. In der Gegend von Leskub wurde ein Hochzeitszug aus noch nicht geklärter Ursache vom Bruder der Braut und 15 weiteren Verwandten angegriffen. In der Folge kam es dann zu einem regellosen Geleitz zwischen 30 mit Messern, Gewehren und Leuten bewaffneten Bauern. Die Braut und ihr Bruder kamen dabei ums Leben, während vier Hochzeitsgäste schwere und zwei weitere leichte Verletzungen erlitten.

Sprengstoffprojekt
Weizsäcker, 3. Juli. Vor dem Reichsgericht haben sich zur Zeit zahlreiche Kommunisten wegen Sprengstoffvergehens zu verantworten. Am Samstag stellte der Reichsanwalt Strafanträge von 12 Jahren Zuchthaus bis 2 Jahren Gefängnis. Die Mehrzahl der Anträge lautet auf Zuchthausstrafen über 5 Jahre.

Portugals König gestorben
Der ehemalige König Manuel von Portugal ist in London gestorben. Die portugiesische Revolution von 1910 hatte seinen Rücktritt erzwungen. Mit ihm erlischt das portugiesische Haus Coburg-Braganza.

Der ehemalige König Manuel von Portugal ist in London gestorben. Die portugiesische Revolution von 1910 hatte seinen Rücktritt erzwungen. Mit ihm erlischt das portugiesische Haus Coburg-Braganza.

Vereinsanzeiger
Der 10. 4. Seite 50 Pfg. die Zeile
Das 10. 4. Seite 50 Pfg. die Zeile
Veranstaltungen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, außer wenn vom Redaktionsrat beschlossen.

Karlsruhe.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Karlsruhe, Durlach, Ettlingen. Montag, den 4. Juli, abends 7 Uhr formale Versammlung der Delegierten, Gewerkschaftsangehörigen und der Betriebsräte, die auf dem Boden der SPD. freien Tagesordnung: Der Reichstagswahlkampf und die Gewerkschaften. Referent: Gen. Landtagsabg. Reinhold. — Werte Kollegen und Kolleginnen! Wir bitten dringend um vollständiges und pünktliches Erscheinen. 3514
Der Vorstand

Sängerbund Vorwärts Karlsruhe
Die Teilnahme am Sänger- und Familienausflug müssen am Sonntag früh 3/8 Uhr am alten Bahnhof sein. Abfahrt 6 Uhr. Wir erüden unsere Mitglieder, ihre Wählkarten in den Kirchenwahlen gegen Wählheine bis spätestens Mittwoch abend umzutauschen, damit das Wahlrecht in Redarantemüßig ausgeübt werden kann. 3553 Die Verwaltung.

Sängerbund Vorwärts Karlsruhe
Todes-Anzeige
Unsern verehrten Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser wertes Mitglied und Bezirksführer des 3. Bezirks des Gauess Baden im D.N.E.
Aurel Heiser
nach kurzer Krankheit und dem Leben geschieden ist. Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Die Sängerkollegen sind um 1/3 Uhr in der „Krone“, Rheinheimer Straße. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. 3552
Die Verwaltung.

Todes-Anzeige
Nach langen schweren Leiden ist Sonntag morgen mein lieber Mann
Robert Rudolf Güther
sanft verschieden.
Karlsruhe, den 4. Juli 1932
In tiefer Trauer:
Frau Anna B. Güther
geb. Wolf
Feuerbestattung: Mittwoch 6. Juli 1932, nachmittags 11 Uhr 3085
Trauerhaus: Mannballe 13

Danksgiving.
Für die überaus zahlreichen und wohlwollenden Beweise inniger Anteilnahme an dem herben Verluste, den wir durch den Tod meines lieben, unerbittlichen Mannes und Vaters, unseres Sohnes, Onkels und Schwagers
Fritz Fleischmann
erlitten haben, sagen wir herzlichsten Dank. Besonders dank allen denen, die ihn während seiner Krankheit behandelt und gepflegt haben und all seinen treuen Kameraden und den einzelnen Vertriebenen für die treulichen Worte am Grabe. Nicht minder danken wir für die vielen Blumen- und Kranzgebenden und Begleitungen zur letzten Ehre des Entschlafenen.
Karlsruhe, den 4. Juli 1932.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Anna Fleischmann, geb. Höpinger
Karin Fleischmann, Sohn
Fam. Friedrich Fleischmann. 653

Resi
Waldstr. 30, Tel. 5111 4.00-6.15-8.30
Ab heute ein Militärkunstspiel der Ufa
Die Schiacht oder **Der Liebeskrieg von Bademünde**
mit
Max Adalbert, Fritz Schulz
Cläre Rommer, Paul Heidemann
Ade Alberti, Herm. Speilmanns
Friede Sandrock
Hans Junkermann 3517
Erwerblos 4⁰⁰ Uhr 1/2 Preislos

Sparen
rollen ist gut und richtig. Sparen können ist besser! Es gibt eine Möglichkeit zum sparen können. Dies ist der Weg über die Anzeige im weiterbreiteten
Volksfreund

Gebrauchte MOEBEL
gute aller Art kauft u. verkauft
Schirrmann, Markgrafenstraße 43
100-150 Mark gew. Sicherheit und guten Preis zu leihen gelohnt. Adresse unter E1221 im Volksfreund.
MOTORRAD
350 ccm, neu zu berl. Reime D. K. W. über 601a b - Dreirad - Lieferwagen, in Nohlun, ebenfalls auch 200 ccm Motorrad, Ang. unter Nr. 3528 o. b. 3517.